

Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 22 / 2015

GRENZÜBERSCHREITUNGEN

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2014
- MUSICA PRO PACE 2014
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2014-2015

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)
Prof. Dr. Karin Busch, Biologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Arnulf von Scheliha, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Bülent Ucar, Islamische Religionspädagogik, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Henning Buck

Redaktionelle Mitarbeit: Joachim Herrmann, Dr. Michael Pittwald, Jutta Tiemeyer

Einbandgestaltung: Bruno Rothe / Tefvik Göktepe

*Wir danken für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche
2014-2015*

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Redaktionsanschrift: Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche
Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668
Email: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: www.friedensgespraeche.de

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek
verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.
1. Aufl. 2015

© 2015 Göttingen, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, 37079 Göttingen,
mit Universitätsverlag Osnabrück / <http://www.v-r.de/>. Alle Rechte vorbehalten.
Printed in Germany: Hubert & Co., Robert-Bosch-Breite 6, 37079 Göttingen.
Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0517-6
ISSN: 0948-194-X

Inhalt

Vorwort der Herausgeber.	7
Editorial.	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2014

<i>Soldat sein, heute. Einstellungen, Motivation und Selbstverständnis bei der Bundeswehr</i> Mit Dirk Kurbjuweit, Angelika Dörfler-Dierken, Hellmut Königshaus	15
<i>Musiktheater als politische Bühne?</i> Mit Udo Bermbach, Lothar Zagrosek, Klaus Zehelein	41
<i>Die Türkei zwischen Europäischer Union und Mittlerem Osten</i> Mit Mehmet Günay, Christiane Schlötzer, Hüseyin Bağcı	63
Angelo Bolaffi, Rom <i>Europa sieht Deutschland: Nach dem großen Wandel – Europas Zukunft und deutsche Aufgaben</i>	85
<i>Die Toleranzfähigkeit der Religionen</i> Mit Jan Assmann und Margot Käßmann	99
<i>Persönliche Freiheit und Sicherheit im Internet</i> Mit Markus Löning, Katharina Morik, Volker Lüdemann.	123

II. MUSICA PRO PACE – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2014

Stefan Hanheide, Osnabrück <i>Krzysztof Penderecki: Threnos. Den Opfern von Hiroshima – Gustav Mahler: Sinfonie Nr. 9</i> <i>Einführung in das musica pro pace-Konzert 2014</i>	149
---	-----

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Otto Kallscheuer, Duisburg <i>Gibt es eine neue Aktualität der Religion in der Weltpolitik?</i>	161
Michael Daxner, Berlin <i>Afghanistan – vor dem Vergessen, nach dem Krieg</i>	195
Boris Pistorius, Hannover/Osnabrück <i>Relionsgemeinschaften zwischen Religionsfreiheit und Verfassungstreue</i>	209

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren	215
Abbildungsnachweis	221



Konsul Mehmet Günay, Moderator Roland Czada,
Christiane Schlötzer und Hüseyin Bağcı

Die Türkei zwischen Europäischer Union und Mittlerem Osten

Podiumsveranstaltung am 12. Juni 2014
in der Aula der Universität

<i>Mehmet Günay</i>	Generalkonsul der Republik Türkei, Hannover
<i>Christiane Schlötzer</i>	Journalistin, Süddeutsche Zeitung, Istanbul
<i>Prof. Dr. Hüseyin Bağcı</i>	Politikwissenschaftler, Middle East Technical University Ankara
<i>Prof. Dr. Roland Czada</i>	Universität Osnabrück, Gesprächsleitung

Roland Czada: In der Türkei hat heute der Prozess gegen die Organisatoren der Proteste im Gezi-Park, Istanbul, begonnen. Eine andere aktuelle Entwicklung, die uns beschäftigt, ist der Staatszerfall im Irak, dem südlichen Nachbarland der Türkei. Auch der Bürgerkrieg in Syrien wird uns beschäftigen, und wir werden über den EU-Beitritt der Türkei sprechen.

Herr Generalkonsul Günay, wir bitten um Ihr Eingangsstatement.

Mehmet Günay: Die vertraglichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei gehen bis in das Jahr 1963 zurück. Mit dem *Abkommen von Ankara* schloss die Türkei mit der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ein Assoziierungsabkommen. Über die wirtschaftliche Verbindung hinaus, die 1995 in der Errichtung einer Zollunion mündete, bot das Abkommen in Artikel 28 der Türkei bereits eine erste Beitrittsperspektive. Nachdem sie im Jahr 1987 ein offizielles Beitritts-gesuch gestellt hatte, verlieh der Europäische Rat von Helsinki der Türkei den Status eines Beitrittskandidaten. Und als der Europäische Rat im Dezember 2004 feststellte, dass die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen hinreichend erfüllt, konnten die Beitrittsverhandlungen 2005 eröffnet werden.

In den Beitrittsverhandlungen wird die vollständige Übernahme des rechtlichen Besitzstandes der Europäischen Union, des sogenannten *acquis communautaire*, ausgehandelt. Von insgesamt 33 Verhandlungskapiteln

konnte bislang nur das Kapitel *Wissenschaft und Forschung* abgeschlossen werden. Weitere 14 Kapitel wurden seit 2005 geöffnet, zuletzt im November 2013 das Kapitel *Regionalpolitik und Koordinierung der strukturellen Instrumente*.

Seit Beginn der Beitrittsverhandlungen hat die Türkei einen Prozess des umfangreichen politischen und wirtschaftlichen Wandels durchlaufen. Auch die durch die EU-Beitrittsverhandlungen entstandenen Impulse



Mehmet Günay

hatten darauf großen Einfluss. Es wurden weitreichende Reformen umgesetzt, um in Bezug auf Demokratie,

Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte die höchsten Standards zu erreichen. Die Verfassungsänderungen, die mit dem Referendum vom 12. September 2010 angenommen wurden, stellen einen wichtigen Schritt in diesem Reformprozess dar.

Die Türkei wird diesen Reformprozess konsequent fortsetzen, denn die EU-Mitgliedschaft bleibt weiterhin ein strate-

gisches Ziel der Türkei. Im Gegensatz zu vielen Behauptungen hat die Türkei das Interesse an einer EU-Mitgliedschaft nicht verloren. Die Türkei hat bisher einen weitreichenden Reformkurs eingeleitet, den sie engagiert fortsetzt. Sie erledigt ihre Aufgaben fleißig, und darauf sind wir sehr stolz!

Gleichzeitig muss auch die Europäische Union ihr Versprechen halten, die Verhandlungen mit der Türkei ohne Hindernisse fortzuführen. Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit und der Verlässlichkeit europäischer Politik. Aufgrund von Vetos einiger Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden 8 Verhandlungskapitel bisher nicht eröffnet. Daher sollten

wir uns auf die Belebung der Beitrittsverhandlungen konzentrieren. Dazu müssen zunächst die politischen Hindernisse ausgeräumt werden. Denn Stillstand in den Beitrittsverhandlungen schadet der Türkei und gleichzeitig Europa. Wir wollen faire Verhandlungen – und eine faire Behandlung. Wir wollen keine Sonderbehandlung, aber auch keine zusätzlichen Hürden in den Weg gestellt bekommen. Aufgrund ihrer besonderen geostrategischen Lage und ihres wirtschaftlichen Potenzials wäre der türkische EU-Beitritt für die Europäer keine Last, er brächte vielmehr eine Reihe von Vorteilen. Es wäre auch ein starkes Signal für andere Länder, denn der Beitrittsprozess der Türkei wird nicht nur in der Türkei, sondern auch im Nahen Osten, in Afrika und auf der ganzen Welt aufmerksam verfolgt. Die Türkei ist als funktionierende, pluralistische Demokratie mit robuster Wirtschaftsentwicklung eine Quelle der Inspiration für die Länder, die sich in Nordafrika und im Nahen Osten im Umbruch befinden.

Die Geschichte verbindet die Türkei nicht nur mit dem Nahen Osten, sondern auch mit Nordafrika, mit dem Kaukasus und Zentralasien. Als aktives und verantwortungsvolles Mitglied der internationalen Gemeinschaft in der heutigen globalisierten Welt ist die Türkei ein in allen Regionen wirksamer Akteur. Die Türkei gilt im Herzen Eurasiens, zwischen Europa und Asien, mit ihren engen historischen und kulturellen Bindungen zu beiden Gebieten als ein entscheidender Katalysator für die Förderung von Dialog und Interaktion zwischen den Kulturen. Das unbedingte Ziel der türkischen Außenpolitik besteht darin, in der Türkei wie in der ganzen Region eine auf Frieden und Wohlstand basierende, stabile, kooperative und die menschliche Entwicklung fördernde Umgebung zu schaffen.

Auf internationaler Ebene hält die Türkei an den Prinzipien guter Beziehungen und guter Zusammenarbeit mit ihren Nachbarn und allen Ländern fest. Sie trägt zu internationalem Frieden, Wohlstand sowie zu internationaler Stabilität und Sicherheit bei. Die institutionellen Beziehungen, die die Türkei mit vielen internationalen und regionalen Organisationen errichtet hat und die verschiedene Regionen und Funktionen abdecken – seien es Mitgliedschaft, Beobachterstatus oder Partnerschaftsdialog –, sind der beste Ausdruck für den vielfältig ausgerichteten Charakter der türkischen Außenpolitik.

Dazu einige Beispiele: Die Türkei ist Mitglied der Vereinten Nationen, des Europarates, der NATO, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Welthandelsorganisation (WTO), der Organisation der Islamischen Konferenz, der Organisation der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation usw. usf.

In einer Welt, in der die internationalen Beziehungen zunehmend mehrdimensionaler werden, verfolgt die Türkei weiterhin entschieden ihre verantwortungsvolle und vertrauensbildende Außenpolitik, indem sie ihre politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Erfahrungen im Dienste ihrer nationalen Interessen und der gemeinsamen Ideale der Menschheit mobilisiert. Der Beitrag der Türkei zur Sicherheit Europas war während des Kalten Krieges klar definiert: als Flankenstaat mit einer starken Armee, die einen möglichen Angriff des Warschauer Paktes abwehren sollte. Die Entwicklungen nach dem Ende des Ostblocks führten dazu, dass die Europäische Union sich beispiellos erweiterte. Die einstigen Feinde wurden zu wichtigen Mitgliedern des freien Europa. Zum anderen zog das Ende des Warschauer Paktes einen Wandel der NATO nach sich. Die Allianz öffnete sich neuen Partnern und steht nun vor neuen Aufgaben.

Während die Welt sich verwandelte, hat auch die Türkei sich verändert. Neue Krisen und Herausforderungen, die sich auf die euroatlantische Sicherheit auswirken, traten in ihrer Nachbarschaft auf. Die Türkei ist ihrer Verantwortung gerecht geworden. Die Türkei spielt eine zentrale Rolle bei den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, Krisenherde zu löschen und beim nachfolgenden Wiederaufbau. Unsere Bemühungen, an verschiedenen Fronten zur Sicherheit Europas beizutragen, zeigen sich in unserer Beteiligung an vielen EU-Missionen. Die Türkei hat sich als treues und fähiges Mitglied der NATO erwiesen und zur regionalen wie auch globalen Sicherheit entscheidend beigetragen. Mit ihren langjährigen und tiefen Beziehungen zu ihren Nachbarn und der Region ist die Türkei unersetzlich für die Europäische Union, wenn diese ihre Vision verwirklichen will, ein globaler sicherheitspolitischer Akteur zu werden. Die Türkei möchte ihre Beziehungen zu den Nachbarländern und benachbarten Regierungen ausbauen und bestehende Konflikte lösen. Deshalb ist es ganz selbstverständlich, dass die Probleme unserer Nachbarn auch für uns von Belang sind.

Die Türkei hat seit Beginn der Unruhen in *Syrien* auf verschiedenen Ebenen versucht, die dortige Führung davon zu überzeugen, dem Wunsch des syrischen Volkes nach Reformen nachzukommen. Doch leider hat sich an der Situation im Land nichts geändert. Mit ihrer humanitären ›Politik der offenen Tür‹ hat die Türkei Syrern auf ihrer Flucht vor dem Regime vorübergehend Schutz gewährt. In vielen Camps in der Türkei kommen gegenwärtig hunderttausende Syrer unter. Gegenwärtig sind in 22 Camps bzw. Städten in der Türkei ca. 220.000 syrische Flüchtlinge untergebracht, während man in Deutschland noch darüber diskutiert, ob man 5.000 oder 10.000 syrische Flüchtlinge aufnehmen kann.

Eine hoffnungsvolle Zukunft in Syrien ist nur möglich, wenn alle syrischen Staatsbürger gleichgestellt und die Grundrechte verfassungsrechtlich geschützt sind. Politischer Wandel sollte den Aufbau eines demokratischen und pluralistischen Systems zum Ziel haben. Wir erwarten ausdrücklich, dass die syrische Führung den Aufrufen ihres Volkes und der internationalen Gemeinschaft ohne weitere Verzögerungen nachkommt. Dafür müssen wir weiterhin alle verfügbaren politischen und diplomatischen Instrumente nutzen. Auch muss sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf seine Hauptaufgabe, die Sicherung des Weltfriedens, besinnen und ihr gerecht werden. Die internationale Gemeinschaft muss in der Lage sein, einstimmig und gemeinsam zu agieren. Ansonsten wird sie sich vor der Geschichte verantworten müssen.

Frieden und Stabilität in unserer Region bedeuten Wohlstand und Wohlergehen für alle. Das heißt aber nicht, dass wir uns von Europa und den transatlantischen Beziehungen abgewandt haben. Wie schon angesprochen, bleibt die europäische Mitgliedschaft weiterhin ein strategisches Ziel der Türkei. Der Ausbau der Beziehungen zu unseren Nachbarländern ist keine Alternative zu unseren Beziehungen zu den westlichen Ländern, die türkische Außenpolitik ist mehrdimensional.

Die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union lassen sich als eine *win-win*-Situation beschreiben. Keine der Parteien kann es sich erlauben, die andere zu verlieren. Wir sollten uns nicht von täglichen Frustrationen und politischen Differenzen dieses wichtige Projekt kaputt machen lassen. Immerhin ist die Europäische Union das größte Friedensprojekt in der Geschichte der Menschheit. Die Friedensstadt Osnabrück ist der geeignete Ort, um dieses Projekt zu erweitern.

Christiane Schlötzer: Vor einem Jahr hat ein türkischer Mann mit seiner friedlichen öffentlichen Aktion die Welt beeindruckt. Es war der sogenannte »stehende Mann«, türkisch: *Duran Adam*. Als die Gewalt bei der Räumung des Gezi-Parks in Istanbul auf dem Höhepunkt angekommen war, stand er auf dem zentralen Platz der Stadt, dem Taksim-Platz. Der Mann heißt *Erdem Gündüz* und ist ein junger Balletttänzer und Schauspieler. Auf dem Platz bewegte er sich nicht, er stand einfach nur da. Irgendwann haben andere Menschen bemerkt, dass das eine Aktion ist, und haben sich dazugestellt. Tagelang standen Menschen einfach da, Hunderte sicher, mal wenige, mal viele. Mit dieser Friedlichkeit haben sie etwas erreicht, was vorher mit Protesten und mit Gewalt nicht zu schaffen war: die Welt aufmerksam zu machen.

Drei Nachrichten aus der Türkei möchte ich Ihnen übermitteln, die Sie womöglich überraschen werden und von denen Sie vielleicht noch nicht

gehört haben. Alle erschienen auf der gleichen Seite einer türkischen Zeitung. Die erste Nachricht lautete: Die EU und die Türkei haben gemeinsam ein neues Ausbildungsprogramm für Rekruten der türkischen Armee entwickelt. Die Themen der Schulung sind Menschenrechte, Geschlechtergleichheit und Umweltschutz. 10.000 junge Soldaten sollen daran pro Jahr teilnehmen. Das Programm wird von der EU gefördert.

Die zweite, gute Nachricht: Ein Gericht in Istanbul hat über sieben Jahre nach dem Mord an *Hrant Dink*, einem türkisch-armenischen Journalisten, entschieden, dass auch das Verhalten und die Versäumnisse hoher staatlicher Beamter in dem Mordfall, darunter des früheren Polizeichefs und des ehemaligen Vizegouverneurs von Istanbul, untersucht werden müssen. Das Gericht folgt damit einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Die dritte Nachricht: Das türkische Verfassungsgericht hat seine Begründung zur Aufhebung des Verbots des Internetportals *Youtube* in der Türkei veröffentlicht. Die Richter stellen darin fest, dass das Verbot keine legale Grundlage hat und einen schweren Eingriff in die Meinungsfreiheit darstellt.

Es gibt weniger gute Nachrichten, die manche vielleicht schon kennen. Regierungschef *Recep Tayyip Erdoğan* nannte einen CNN-Reporter, den Polizisten auf dem Taksim-Platz am 31. Mai abgeführt hatten, einen »Agenten«. Erdoğan nannte den deutschen Grünen-Chef, *Cem Özdemir*, einen »angeblichen Türken«, der seine Grenzen nicht kenne, weshalb er ihn in der Türkei nicht mehr sehen wolle. Bei der Grundsteinlegung für den dritten Istanbuler Flughafen beschimpfte Erdoğan die Menschen, die ein Jahr zuvor im Gezi-Park demonstriert haben, als »Emporkömmlinge«, die »bestimmt nicht verdauen« könnten, dass die Türkei nun den »weltgrößten Flughafen« baut.

Was ist los in der Türkei? Die Türkei ist heute deutlich wohlhabender als vor zwölf Jahren, als die AKP erstmals eine Regierung bilden konnte. Das Nationaleinkommen ist von 230 Mrd. US-Dollar auf 800 Mrd. US-Dollar gestiegen. Diese Zahlen hat Erdoğan jüngst in einer Rede in Berlin genannt. In Istanbul wird der Boden in Gold aufgewogen. Glaspaläste wachsen in den Himmel, Trabantenstädte säumen die Ränder der Metropole. Es gibt Stadtviertel mit kalifornischem Flair, mit Einkaufstempeln, Kinos, Cafés, was allerdings nicht heißt, dass die Armut verschwunden wäre. Soziale und gesellschaftliche Unterschiede springen überall ins Auge. Aber in der Regierungszeit Erdoğan's hat sich auch für die unteren Schichten vieles verbessert, z.B. die Gesundheitsversorgung.

Die AKP hat religiösen Türken mehr Selbstbewusstsein gegeben. Die säkulare Elite des Landes hatte auf das religiöse Volk oft und gern herun-

tergeschaut. Dass Mädchen nun auch *mit* Kopftuch studieren dürfen, rüttelt nicht an den Grundfesten der Demokratie, wie ich meine. Erst wenn einem Teil der Gesellschaft ein bestimmter Lebensstil aufgezwungen werden soll, sieht die Sache anders aus. So hat z.B. ein restriktives Alkoholge-setz viel Unmut ausgelöst, und zwar vor allem, weil der Regierungschef bei der Begründung des Gesetzes seine Verachtung für Menschen, die – wenn auch nur gelegentlich – Alkohol konsumieren, öffentlich gemacht hat.

Was ist los mit Erdoğan und der AKP? 2011 erreichte die Partei mit 50% der Stimmen ihr bislang bestes Ergebnis bei einer Parlamentswahl. Das sollte, so könnte man meinen, ein Grund zur Gelassenheit sein. Nach 2011 wurde aber Erdoğan's Rhetorik gegen politische Gegner immer schärfer. Im Juni 2013 machte sich lange angestauter Unmut zuerst in Istanbul und dann in vielen Städten des Landes Luft. Die sogenannten Gezi-Protteste waren durch die harschen Polizeieinsätze gegen



Christiane Schlötzer

ein paar Demonstranten, die gegen die Beseitigung eines kleinen Istanbulers Parks waren, ausgelöst worden. Es war auch ein Protest gegen eine extrem forcierte Urbanisierung, gegen Naturzerstörung in großem Stil, etwa für Staudämme, Autoschneisen, eine dritte Bosphorus-Brücke, den neuen Flughafen, der im Norden der Stadt entsteht.

Erdoğan hat die Protteste missverstanden. Er sah seine Macht in Gefahr, nannte die Menschen auf den Straßen ›die anderen 50%‹, auch wenn nie 50% auf den Straßen waren. Es waren Hunderttausende oder vielleicht zwei Millionen, und der Regierungschef fürchtete den Machtverlust.

Alle Parteien, die lange regieren, machen die gleichen Fehler. Erdoğan kennt die Schwächen seiner Partei am besten: Sie bedient Freunde, verschwört sich mit Teilen des *big business*, macht sich abhängig von stetem Geldfluss und permanentem Wachstum. Ihre Chefs werden beratungsresistent und meist abhängig von einer kleinen Clique von Getreuen.

Korruptionsermittlungen der Istanbuler Justiz wies Erdoğan als ›Verschwörung‹ zurück. Ein großer Teil der AKP-Wähler hat dies akzeptiert. Bei den Kommunalwahlen im März bekam die Partei landesweit 45% der Stimmen. Das sind zwar weniger als die 50% bei der Parlamentswahl 2011, aber es ist ein beachtliches Ergebnis. Das war hart erkauft, mit einem extrem polarisierenden Wahlkampf, der die Gesellschaft tiefer denn je gespalten hat. In diesem Wahlkampf hörte man immer wieder den Satz: Die AKP mag vielleicht korrupt sein, aber sie liefert! Das heißt, sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft brummt. Der Opposition trauen viele Türken dies nicht zu. Die Türkei hat schon viele Wirtschaftskrisen erlebt, die Angst vor dem Absturz ist immer da.

Im August 2014 steht erneut eine landesweite Wahl an. Erstmals wird der türkische Staatspräsident direkt vom Volk gewählt. Erdoğan wird großes Interesse an diesem Amt nachgesagt, obwohl es nach der Verfassung nur repräsentativen Charakter hat. Der Staatspräsident muss aus der Partei austreten. Er soll unparteiisch sein, für Ausgleich sorgen. Letzteres ist bei Erdoğan zumindest im Moment schwer vorstellbar.

Wohin steuert also die Türkei? Die gesellschaftlichen Konflikte werden eher zunehmen, während das Wirtschaftswachstum sich eher verringern wird. Die Türkei bräuchte ein Wachstum von mehr als 5% pro Jahr, damit die Arbeitslosigkeit nicht steigt. Steigende Arbeitslosigkeit und höhere Inflation führen zu größerer Unzufriedenheit. Die parteipolitischen Alternativen zur AKP kommen für viele Erdoğan-Wähler nicht in Betracht. Die Republikanische Volkspartei (CHP) bleibt für eine religiöse Klientel wegen ihrer Vergangenheit größtenteils unwählbar. Der Ökonom und frühere Diplomat *Sinan Ülgen* sagte kürzlich, es würde ihn nicht überraschen, wenn Erdoğan nach erfolgter Wahl zum Präsidenten eine politische Charmeoffensive beginnen würde. Das Material dazu könne eher die Außen- als die Innenpolitik bieten: erstens die Zypern-Politik, in der ein großer Schritt der Türkei in Richtung Wiedervereinigung das europäische Tableau völlig ändern würde; zweitens eine Wiederannäherung der Türkei an Israel und drittens ein großer Fortschritt in Bezug auf den kurdischen Friedensdialog.

Kann die Türkei unter diesen Umständen Mitglied der EU werden? Es gibt das Argument, dass die EU nicht fähig sei, den Beitritt eines neuen Landes zu verkraften, da die EU in der Krise ist. Meiner Meinung nach

kann diese Frage noch nicht abschließend beantwortet werden. In den letzten 20 Jahren gab es viele politische Überraschungen. Kaum jemand sah den Zusammenbruch des Ostblocks oder die Balkankriege der 1990er Jahre voraus, kaum jemand hat die Eurokrise oder den arabischen Frühling kommen sehen. In der Türkei erwartete niemand Unruhen, wie es sie um den Gezi-Park gab. Wir wissen nicht, wie die Welt in 10, 15 Jahren aussieht, und nicht, wie es dann in der Türkei aussieht, nicht einmal, wie es in 5 Jahren dort aussieht. Die Verhandlungen sollten dennoch weitergeführt und intensiviert werden. Sie können für die Türkei und auch für Europa nur von Nutzen sein. Das Rechtsstaatskapitel sollte schleunigst eröffnet werden, das wäre dringender denn je. Die EU hat eine Verpflichtung, die gefährdete türkische Demokratie nicht im Stich zu lassen – zu beiderseitigem Nutzen.

Hüseyin Bağcı: Im Oktober 2008 habe ich im Rahmen der Friedensgespräche im Osnabrücker Rathaus über die Türkei berichtet. Die Türkei vor 6 Jahren und die Türkei heute – das sind zwei verschiedene Staaten.

Viele der Beobachtungen von Frau Schlötzer, die als Journalistin in Istanbul die Dinge aus der Nähe verfolgt, teile ich. Ich möchte einige theoretische und wissenschaftliche Überlegungen hinzufügen. Uns alle beschäftigten Fragen wie diese: Wie wird die Zukunft der Türkei aussehen? Wohin wird die Türkei sich entwickeln? Welche politische und diplomatische Klasse wird maßgeblich sein und welche wirtschaftliche Klasse? Hat die Türkei sich in den letzten Jahren zum Negativen oder zum Positiven entwickelt? Gibt es womöglich Indizien für beides?

Es kommt darauf an, von welcher Seite man die Entwicklungen betrachtet. Man kann ein schlechtes Bild von der Türkei zeichnen, aber auch einen wunderschönen Rosengarten: Es geht immer auch um Interpretation. Wir leben nicht mehr mit der ›alten‹ Türkei. Das Land und die Gesellschaft haben sich verändert. Diese Veränderungen betreffen die gesamten politischen, wirtschaftlichen und intellektuellen Strukturen der Türkei, und sie werden nicht nur Europa, sondern die ganze Welt beschäftigen. Die Türkei steht, gemessen an der Größe ihres Staatsgebietes, an 26. Stelle in der Welt, nach der Bevölkerungszahl an 24. Stelle und als Wirtschaftsmacht an 17. Stelle. Die Türkei ist auch eine regionale Wirtschaftsmacht. Keines der Machtzentren – ob USA, die EU oder Russland – kann über die Türkei hinwegsehen. Die Welt muss anerkennen, dass die Türkei kein Land ist, das man ›links liegenlassen‹ kann, und deshalb möchte niemand heute mit der Türkei in einen Konflikt geraten.

Seit zwölf Jahren herrscht in der Türkei eine große wirtschaftliche und politische Stabilität, wie wir sie zuletzt in den Jahren von 1950 bis 1960,

von 1965 bis 1971 und von 1983 bis 1993 hatten. In diesen Perioden regierte jeweils eine Partei allein. Solange die Türkei in der Vergangenheit von einer Partei regiert worden ist, gab es eine gute wirtschaftliche Entwicklung – aber am Ende immer einen Militärputsch. Heute besteht die Möglichkeit, dass das Militär intervenieren könnte, dank der Reformprozesse in der Türkei und der Europäischen Union nicht.

Ob die Türkei ein demokratisches Land ist, steht für mich außer Frage. Die Frage ist, inwiefern sich die türkische Demokratie weiterentwickeln kann und ob sie mit ihrem demokratischen Verständnis weiterhin als ein Beispiel für ein Land gelten kann, dessen Regierung sich als *Soft Power* versteht, also ihre Macht und ihren internationalen Einfluss unter Verzicht auf militärische Drohungen ausübt.

Die Proteste um den Gezi-Park sind vergleichbar mit Protesten, wie sie in den 1960er Jahren eine außerparlamentarische Opposition in Deutschland initiierte. Die politischen Parteien der Türkei waren anfangs an den Gezi-Protesten nicht beteiligt. Ich habe in vielen Kommentaren und Berichten für deutsche Fernseh- und Radiosender, für türkische Medien und die internationale Presse erklärt, das *Taksim*, der Platz, auf dem die Gezi-Proteste stattfanden, nicht *Tahrir* ist. Hier wollte die türkische Gesellschaft die demokratischen Errungenschaften der letzten 50 Jahre nicht einfach zugunsten einer Regierung und ihres Ministerpräsidenten aufgeben, die gegenläufige, autoritäre Tendenzen zeigten.

Gegenwärtig sehen wir die Tendenz, dass die Bevölkerungen in den demokratischen Staaten mehr und mehr autoritäre Politiker favorisieren, so wie zuletzt bei den Europawahlen. Wie erklärt es sich, dass in Frankreich 25% den *Front National* gewählt haben und dass in England die UKIP stärkste Partei wurde? Vier Politiker werden in dieser Hinsicht als Beispiele angeführt: *Putin* in Russland, *Erdoğan* in der Türkei, *Narendra Modi* in Indien und *Viktor Orbán* in Ungarn. Einige andere werden noch folgen. Das heißt, die Gesellschaften verändern sich. Die türkische ebenso wie weitere europäische Gesellschaften und viele andere Gesellschaften in der Welt. Die Gezi-Proteste sind als eine demokratische Reaktion darauf anzusehen, und sie bleiben nicht ohne Wirkung. Selbst in Berichten regierungsnaher Institute in der Türkei stellt man sich die Frage, was falsch gemacht wurde. Das reicht bis hin zur Regierung und zum Ministerpräsidenten, der vehement beschuldigt wurde, die Gesellschaft zu polarisieren. Wenn er Präsident werden möchte, muss er jedenfalls diese Politik stoppen. In der Türkei reden wir inzwischen von ›Geziphobia‹ und ›Gezimania‹. Wenn Minister bei Diskussionsveranstaltungen oder Eröffnungsfeiern sprechen, kommen in den Ansprachen am Ende immer die Gezi-Proteste vor. Interessant ist, dass die Leute, die auf der Straße waren, von nieman-

dem dazu gedrängt worden sind. Meine Frau hat niemand gezwungen, auf die Straße zu gehen, sie ging aus eigenem Antrieb, wie viele Tausende anderer Frauen. *Frauen* waren die treibende Kraft dieser Proteste, nicht die Männer. Interessant auch, dass die Proteste losgingen, als der türkische Ministerpräsident begann, mittels Rhetorik in das Privatleben der türkischen Bürger einzugreifen. Es war diese Rhetorik, die die Leute auf die Straße brachte.

Die türkische Gesellschaft ist zweigeteilt. Wir haben eine moderne Gesellschaft, die ›klassische‹ westliche Werte etwa bezüglich Musik und Kultur teilt. Ein anderer, konservativer Teil der Gesellschaft ist so beschaffen, wie der Ministerpräsident es möchte. Beide Gesellschaften, die nicht voneinander getrennt sind, sondern sich auf vielerlei Weise durchdringen, müssen in diesem Land leben. Die Regierung des Landes gründet auf dieser Mischung, und darum kann es in der Türkei keine Trennung beider Teile geben. Wir werden in diesem Land zusammenleben. Die Frage ist, wie wir das gemeinsam managen, und wer das tun wird. Aber keine Sorge, es gibt in der Türkei genügend Leute, die das können.



Hüseyin Bağcı

Gefährlich kann dabei nur ein ›gnadenloses‹ wirtschaftliches Wachstum werden, das die Umwelt zerstört und zu Ausgrenzungen von Menschen führt. Großen gesellschaftlichen Fortschritten stehen Schädigungen und Zerstörungen von Land und Gesellschaft gegenüber: Wie wird die Türkei bei der Umsetzung ihrer Großprojekte die Umwelt und die Natur schützen? Welche Faktoren werden die türkische Energiepolitik in den nächsten 20 Jahren bestimmen?

Was die Natur angeht, müssen wir in der Türkei mit einer neuen, selbstbewussten Generation rechnen, die in Wahrnehmung ihrer sozialen Verantwortung manche Entwicklungen kritisch sieht und darauf besteht, das gnadenlose Wirtschaftswachstum zu regulieren. Die Forderung muss lauten: Wachstum ja, aber *human*. Man kann nicht darüber hinwegsehen, dass die Türkei in den letzten zwölf Jahren viele bedenkliche Großprojekte begonnen hat wie etwa die Hochgeschwindigkeits-Bahnverbindungen zwischen Istanbul, Ankara und Konya. Deswegen müssen in den Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und der EU die Kapitel 23 (Justiz und Grundrechte) und 24 (Recht, Freiheit und Sicherheit) des *acquis communautaire* eröffnet werden. Durch die Politik des früheren französischen Präsidenten *Sarkozy* haben wir 5 Jahre verloren. Das muss schnell aufgeholt werden.

Intellektuell befinden wir uns in der Türkei in einer unübersichtlichen Lage: Wir haben Schwierigkeiten zu entscheiden, was richtig und was falsch ist. Welche Wirtschaftsethik, welche Bildungsethik soll uns leiten? Auch gibt es Diskussionen über die Staatsstruktur. Viele Leute werden von heute auf morgen von ihren Positionen entbunden und woanders hingeschickt. Das schafft Spannungen. Es ist nicht zu bestreiten, dass wir eine starke Polarisierung erleben. Falls der jetzige Ministerpräsident zum Präsidenten der Türkei gewählt wird, kann er nicht länger reden wie bisher. Sein Amt wäre wie ein Käfig, es würde ihn schützen, aber er könnte die Gesellschaft nicht weiter polarisieren. Gesellschaften und die Staaten müssen sich weiterentwickeln und modernisieren. Sie müssen sich erneuern, auch intellektuell. Man muss mit der Welt Schritt halten. Wer sich gegen internationale Entwicklungen stellt, bekommt Probleme. Der ›arabische Frühling‹ war nicht gut für die Türkei, denn unser Land leistete sich einige Fehleinschätzungen. In der Folge bekamen wir mit mehreren Nachbarländern Probleme – so mit Israel, Syrien, mit dem Irak, mit Libyen.

Eine zweite internationale Tendenz ist die Offensive gegen radikale islamistische Gruppierungen, die von den demokratischen Staaten der Welt ausgeht. Die Diktatoren in der arabischen, afrikanischen und asiatischen Welt in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren waren säkular und wollten ihre Gesellschaften nach vorne bringen. Erfolge lassen sich z.B. an der Lage der Frauen in Ägypten, in Afghanistan, in Syrien und im Irak ablesen. Syrische Frauen wiesen den höchsten Bildungsstand auf und konnten vollständige soziale Gleichheit beanspruchen. Nun versuchte der Islamist *Mursi* in Ägypten, innerhalb eines Jahres die ganze Gesellschaft zu verändern. Man kann aber eine Gesellschaft wie die ägyptische nicht innerhalb eines Jahres ›islamistisch‹ machen; man kann nicht mithilfe demokratischer Regeln an die Macht kommen und dann die Demokratie abschaffen.

Roland Czada: Frau Schlötzer, Sie sprechen von der Türkei als einer ›gefährdeten Demokratie‹. Inwiefern ist die türkische Demokratie gefährdet?

Christiane Schlötzer: Herr Bağcı erwähnte, dass es Regierungsentscheidungen gab, Tausende von Beamten aus Justiz und Polizei zu versetzen, ohne besondere Begründung. Die Regierung erhob den Vorwurf, diese Leute gehörten einer religiösen Organisation an, die den Staat unterwandere. Dies geschah, als die Justiz Ermittlungen gegen einzelne Mitglieder der Regierung und ihr nahestehende Unternehmer begonnen hatte. So liegt der Verdacht nahe, dass diese Ermittlungen gestoppt werden sollten. So etwas finde ich demokratiegefährdend.

Hüseyin Bağcı: Viele sagen, Tayyip Erdoğan sei ein Diktator. Ich bin nicht dieser Ansicht und denke, dass wir in der Türkei keine Diktatur haben. Wir sollten auf die Veränderungen innerhalb des Staates achten. Es gibt einen internen Konflikt zwischen der Regierung und der *Fethullah Gülen*-Bewegung. Tatsächlich kann der harte Eingriff des türkischen Ministerpräsidenten in das Funktionieren des klassischen türkischen Staatssystems als demokratiegefährdend erscheinen. Aber Erdoğan ist weiterhin an das Gesetz gebunden, und wir haben immer noch das Verfassungsgericht, das Entscheidungen treffen kann, die die Regierung nicht mag. Deswegen sage ich: es gibt eine demokratiegefährdende Tendenz, aber solange die Türkei mit der Europäischen Union verhandelt und solange europäische Gerichte den Gerichten der Türkei übergeordnete Entscheidungen treffen können, sehe ich keine wirkliche Demokratiegefährdung.

Die Oppositionsparteien in der Türkei sind allerdings derzeit denkbar schwach. Sie müssen sich neu formieren und neue Ideen entwickeln. Erdoğan ist dagegen erfolgreich mit seinen wirtschaftlichen Projekten. Seit den 1980er Jahren sind die Türken zum *homo oeconomicus turkucus* geworden, zum wirtschaftlich denkenden Türken. Sie gehen kein Risiko ein, wenn sie sehen, dass die Opposition nichts Konkretes anzubieten hat. Für die meisten ist der sprichwörtliche ›Spatz in der Hand‹ besser als die ›Taube auf dem Dach‹. Käme aber jemand, der Besseres anbietet und bessere Vorschläge für die Zukunft macht, wäre es denkbar, dass Erdoğan nicht mehr gewählt wird. Leider haben wir in der Türkei derzeit keinen solchen Politiker. Die Opposition muss sich an die Arbeit machen und Ideen entwickeln, wie sie die Leute überzeugen kann. Mit ihrer jetzigen Politik wird die Opposition in der Türkei keinen Erfolg haben.

Roland Czada: Wenn die Wirtschaft erfolgreich ist, kann die herrschende Partei auf Wiederwahl hoffen, sagten Sie, Herr Bağcı. Das gilt wohl in

allen Ländern der Welt. Sie sagten auch, die Türkei stünde als Wirtschaftsmacht an 17. Stelle in der Welt. So ähnlich hat sich auch die DDR einmal gesehen. Das führt zu der Frage, ob vielleicht auch die *Wirtschaft* in der Türkei gefährdet ist. Wir lesen in den Wirtschaftsteilen der Zeitungen, dass die Türkei durch die innen- wie außenpolitischen Entwicklungen im mittleren und nahöstlichen Umfeld gewisse Risiken für Investoren aufweist. Wie realistisch ist es anzunehmen, dass die Türkei in den kommenden Jahren eine Wirtschaftskrise erleben wird?

Hüseyin Bağcı: Ein Vergleich der Türkei mit der ehemaligen DDR führt nicht weiter. Es handelt sich um zwei unterschiedliche Weltlagen und Wertsysteme. Einer Studie der Investmentbank Goldman Sachs zufolge könnte die Türkei – wenn sie ihre Wachstumsraten halten kann – bis zum Jahre 2025 zur 11.- oder 12.-größten Weltwirtschaftsmacht der Welt werden. Die Türkei und China konnten in den letzten 10 Jahren jedes Jahr 8% bis 11% Wachstum verzeichnen. Auch 2014 erreicht die Türkei mit 4,5% Wachstum die höchste Wachstumsrate aller OECD-Länder. Die Türkei hat Weltklasseprojekte, wie den Istanbul Flughafen oder den Bosphorus Tunnel zwischen dem europäischen und dem asiatischen Kontinent. Und wir haben in dieser Region den Vorteil, dass alle muslimischen Staaten auf die Türkei gucken. Vor dem ›arabischen Frühling‹ gab es zwischen der Türkei und Syrien beste Beziehungen. Russland ist der größte Geschäftspartner der Türkei, die Nr. 2 ist Iran. Deutschland ist für uns Nr. 1 in Europa. Warum sage ich das? Weil die Türkei auch das Land ist, durch das Energiepipelines führen. 5 Millionen Russen genießen jedes Jahr die türkische Sonne. Damit haben die Russen erstmals die Deutschen übertroffen. Wichtig dabei ist, dass wir zwischen Russland und der Türkei keine Visumpflicht haben. Das schafft Vertrauen, auch mit Aserbaidschan, Turkmenistan oder Kasachstan. Bei uns sagt man, türkische Firmen haben in Libyen ihren Magister gemacht; in Moskau, in Russland, machen sie jetzt ihren Doktor. Russland wird in den nächsten 20 Jahren etwa 600 Mrd. Dollar für die Infrastruktur ausgeben. Wenn türkische Firmen nur 10% der Aufträge bekämen, würde das unser Land weit nach vorne bringen. Die Türkei ist ein Teil des europäischen Wirtschaftssystems, das türkische Bankensystem ist intakt. Zwei Wirtschaften in Europa sind gesund: Deutschland und die Türkei.

Mehmet Günay: Den Zahlen der OECD zufolge rangiert die türkische Wirtschaft auf Platz 16 weltweit und in Europa auf Platz 6. Mein Dienstsitz ist die Messestadt Hannover: Auch dort haben in den letzten Jahren viele türkische Firmen an den Messen teilgenommen, anders als noch vor

10 oder 15 Jahren. Im letzten Jahr war Russland das Partnerland der Hannover Messe, etwa 160 Firmen aus Russland nahmen daran teil. Und aus der Türkei mehr als 200 Firmen!

Hüseyin Bağcı: In der Türkei betätigen sich 5.300 deutsche Firmen, und auch in Afrika gibt es viele deutsche Firmen mit türkischstämmigen deutschen Geschäftsleuten. Wir schätzen Deutschland als wirtschaftliche und demokratische Macht. Vor zwei Jahren wurde der Beginn eines dauerhaften ›Strategischen Dialogs‹ zwischen der Türkei und Deutschland beschlossen.¹ Es ist zu begrüßen, dass diese institutionalisierte Zusammenarbeit weitergeht. Die Mitgliedschaft der Türkei in der EU ist nicht mehr so wichtig wie früher. Die Türkei strebt nicht mehr danach, möglichst schnell EU-Mitglied zu werden. Nein, es ist momentan viel besser, dass wir draußen sind. 75% aller Auslandsinvestitionen in der Türkei kommen ohnehin aus der EU. Und die Türkei ist Mitglied in der Gruppe der G20, der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, die im Jahr 2015 unter türkischem Vorsitz in Istanbul zusammentreten wird.

Christiane Schlötzer: Die Frage ist aber doch: Ist das Wachstum in der Türkei nachhaltig? Wir erleben extreme Umweltzerstörung. Es werden Flusstäler und Küsten zerstört. Es werden Fehler gemacht, die andere Länder vorher schon machten, daraus sollte man lernen. Die Türkei ist reich genug für ein nachhaltiges Wachstum.

Es gibt weitere Punkte, die in der Türkei diskutiert werden. Ein großes Thema ist die *Bildung*. Es gibt hervorragende Universitäten in der Türkei, aber auch ein Problem, das mit mangelndem Mut zur Freiheit der Lehre zu tun hat. Kreativität hat etwas mit Freiheit zu tun. Studenten müssen frei sein, man darf sie nicht gängeln.

Ein drittes Problem ist die hohe Verschuldung vieler Menschen in der Türkei. Sie holen ihren Konsum nach, indem sie Dinge kaufen, die sie sich bisher nicht leisten konnten. Die Türkei könnte in eine private Verschuldungskrise geraten. Ein Vergleich mit Griechenland liegt nahe.

Einer der wichtigsten Wachstumsfaktoren der Türkei ist die sehr leistungsfähige Bauwirtschaft. Sie hat große Reserven an Auslandsaufträgen, aber auch im Land wird wahnsinnig viel gebaut. Leider sieht man in Istanbul und andernorts auch ganze Blöcke leer stehen. Womöglich läuft der Motor viel zu heiß.

Hüseyin Bağcı: Das Problem ist, dass der türkische Ministerpräsident über Projekte wie den Flughafenbau entscheiden kann, ohne andere Institutionen zu berücksichtigen. Um z.B. in Indien eine Straße zwischen New Delhi

und Mumbai zu bauen, müssen wenigstens vier Staaten ihre Zustimmung geben. Die Türkei ist ein zentral regiertes Land. Das ist ein Vorteil für jeden türkischen Ministerpräsidenten, egal, wer an der Macht ist.

Die Türkei wird in den nächsten 10 bis 20 Jahren eine führende Wirtschaftsmacht in der Region sein, auch weil europäische Länder wie Frankreich, England und Deutschland an diesen Großprojekten beteiligt sind. Es gibt bedeutende Kooperationen in Wissenschaft und Technologie. Für den Flughafen kommt die ganze Technologie aus Deutschland, etwa von Siemens. Deutsche Firmen, die jetzt mit Russland Probleme haben, gehen in die Türkei. Die Türkei ist ein guter Kunde.

Das Bildungssystem in der Türkei kenne ich seit 25 Jahren. Als ich als junger Assistenzprofessor nach Ankara kam, hatten wir *wenige* Universitäten, *wenige* Akademiker und *wenig* wissenschaftliche Diskussionen. Niemand wird behaupten, dass die Türkei jetzt schlechter da steht als vor 25 Jahren. Inzwischen gibt es etwa 180 Universitäten in der Türkei, darunter viele sehr gute Privatuniversitäten. Aus allen Ländern kommen heute junge Leute zum Studium in die Türkei. Es gibt neue Märkte, von Afrika über den Mittleren Osten bis Asien. Allein dieses Jahr haben wir 45.000 Studenten. Wir werden in den kommenden Jahren ein Bildungsland wie Deutschland sein. Besonders das Erasmus-Programm ist eine wunderbare Erfindung und Innovation. Wir müssen junge Leute zusammenbringen, mehr wissenschaftliche Dialoge stiften. Inzwischen publizieren wir in der Türkei zunehmend mehr wissenschaftliche internationale Artikel und Bücher. Vor 25 Jahren hatten wir ein paar Professoren, die heute graue und weise Männer sind. Wir haben sie respektiert, weil sie einige Bücher aus Amerika oder Deutschland mitgebracht hatten. Jetzt haben wir eine intellektuelle Klasse, Akademiker und Lehrer. Bildung darf aber nicht stehen bleiben, sie muss sich weiterentwickeln.

Roland Czada: Herr Bağcı, Sie sagten, der Ministerpräsident in der Türkei habe eine große Entscheidungsgewalt. In Deutschland gibt es dagegen viel mehr Kooperationszwänge im politischen System. Wir haben mit dem Bundestag und dem Bundesrat zwei Gesetzgebungsorgane. Wenn die Länder nicht zustimmen, können die meisten Gesetze nicht verabschiedet werden. Und auch das Bundesverfassungsgericht spielt eine große Rolle, nicht zu vergessen die kommunale Selbstverwaltung, die den Bürger im Nahbereich vor Eingriffen von oben schützt. Wir haben ein System der politischen Machtteilung, ein föderales Mehr-Ebenen-System. Und darüber steht die europäische Ebene, die auch noch mitspricht. Ist dieses System nicht in jeder Hinsicht effizienter als ein zentralistisches, in dem das Staatsoberhaupt oder der Ministerpräsident alle Entscheidungsgewalt hat?

Hüseyin Bağcı: Ich stimme zu, dass es in Deutschland vorteilhaftere politische Strukturen gibt. Es wäre schön, wenn wir diese auch in der Türkei hätten. Wir möchten das gern, aber alle Gesellschaften brauchen Zeit, Erfahrungen und Menschen, die sie voranbringen. Leider hatten wir ein Defizit an solchen Leuten. Viermal innerhalb von 50 Jahren bekamen wir Militärdiktaturen. Wie kann man eine Gesellschaft schaffen, wenn alle zehn Jahre eine Militärdiktatur dazwischenkommt und das gesamte wirtschaftliche, soziale und intellektuelle Leben verändert? Wir wollen das Richtige tun, aber wir brauchen die richtigen Mittel dazu. Geben Sie uns die Möglichkeiten, und wir werden dann sehen, ob wir damit umgehen können oder nicht.

Roland Czada: Wie kann man die Demokratie in der Türkei stärken? Wie kann man die Menschen eher zur freien Entfaltung bringen? Was könnte dabei der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union Positives bewirken? Und was ist eigentlich das Hindernis?

Mehmet Günay: Die letzte Frage sollte zuerst einmal die Europäische Union beantworten. Wir sind bereit, zu verhandeln. Aber die EU bzw. einige Mitgliedstaaten blockieren. Beitrittsverhandlungen zu führen, heißt nicht automatisch, dass das Land beitreten wird. Beitrittsverhandlungen bedeuten, dass das Kandidatenland für den Beitritt vorbereitet wird. Wie soll dieses Land sich vorbereiten, wenn es die Möglichkeit der Verhandlungen nicht gibt? Acht Kapitel sind bisher von den Verhandlungen ausgeschlossen – warum? Wir wollen verhandeln. Deswegen wäre es nur fair, wenn man mit der Türkei fair verhandelte und die Türkei auch fair *behandelt*.

Christiane Schlötzer: Wir wissen, dass die EU in der Frage, was sie mit der Türkei anfangen soll, tief gespalten ist. Frankreich hat Widerstand geleistet, Zypern hat Widerstand geleistet. Das ist die Realität. Es gibt auch in der Bundesregierung keine einheitliche Meinung, ob die Verhandlungen weitergehen sollen. Es gab eine starke Stimmung in der EU, die Verhandlungen nach den Gezi-Protesten sogar einzustellen oder auf Eis zu legen.

Mehmet Günay: Man muss unterscheiden zwischen Verhandlungen und Beitritt. Das sind zwei verschiedene Dinge. Am Ende der Verhandlungen werden die türkischen Wähler vielleicht sagen: Nein, wir wollen nicht. Aber wir müssen *verhandeln*. Wenn wir nicht verhandeln, können wir nicht wissen, was die andere Seite noch an Hausaufgaben zu machen hat.

Christiane Schlötzer: Ein guter Schritt, um die Verhandlungen voranzubringen oder besser: die Argumente der EU vom Tisch zu wischen, wäre es, wenn die Türkei eine *aktive Zypernpolitik* machen und die jetzigen Verhandlungen darüber unterstützen würde. Sie sagt zwar, dass sie es tut, aber es gäbe weitere Möglichkeiten, z.B. den Abzug der Hälfte aller Truppen. Dann müsste die EU reagieren und etwas tun.

Mehmet Günay: Schon 2005 hieß es vonseiten der EU, die Türkei erfülle die Kopenhagener Kriterien und man könne nun mit diesem Land verhandeln. Aber dann tauchten verschiedene Hindernisse aufseiten der EU auf.

Roland Czada: Herr Günay, Sie sagten eingangs, dass die Vereinigung Zyperns das europäische Tableau verändern würde. Gibt es Aussichten, dass die Streitparteien sich auf eine Wiedervereinigung einigen können? Momentan laufen Verhandlungen, und viele wirtschaftliche Erwägungen sprächen dafür. Es gibt dort Rohstoff- und Energievorkommen.

Mehmet Günay: Vor dem EU-Beitritt von Südzypern haben wir der EU deutlich gemacht, dass wir ohne die Lösung der Zypernfrage nicht weiterkommen. Man hätte die Frage einer Vereinigung beider Teile Zyperns vor dem Beitritt Südzyperns lösen müssen.

Christiane Schlötzer: Die Aufnahme Südzyperns in die EU ohne Wiedervereinigung mit dem türkisch dominierten Norden war ein Sündenfall der EU. Wäre dies aber nicht erfolgt, so hätte auch Polen nicht aufgenommen werden können. Es gab keine andere Möglichkeit für die EU, als so zu handeln. Letztlich hatte es zur Folge, dass die Verhandlungen mit der Türkei extrem erschwert worden sind.

Hüseyin Bağcı: Wenn es ein Sündenfall war, wird die Türkei nun zum Sündenbock gemacht? Kofi Annans Plan zur Vereinigung Zyperns war das beste Konzept, das je dazu erarbeitet worden ist. Nachdem sich beide Seiten darauf geeinigt hatten, ein Referendum über den Plan des UN-Generalsekretärs in den jeweiligen Ländern abzuhalten, hatten viele erwartet, dass die türkischen Zyprioten Nein sagen würden. Tatsächlich wurde er abgelehnt – aber nicht von den Türken!

Der Türkei wurde wiederholt vorgeworfen, keine Lösung für das Problem anzustreben. Aber schon vor Jahren gab es das Angebot einer Truppenreduzierung von türkischer Seite.

Christiane Schlötzer: Alle Truppen, 40.000 Soldaten, die sich dort gegenseitig auf die Füße treten, sollten aus Nordzypem abgezogen werden. Das hätte militärisch keine nachteiligen Folgen.

Hüseyin Bağcı: Richtig, alle Soldaten raus: ich bin dafür!

Publikum: In der Türkei sind derzeit drei Bewegungen erkennbar, die miteinander im Konflikt liegen: einerseits die alte, säkulare kemalistische Bewegung, zum anderen die sich vor allem an die unteren Schichten wendende, religiös orientierte Volkspartei AKP mit Parteichef Erdoğan und drittens die erwähnte Gülen-Bewegung, eine Art Bildungsbewegung, die in der Justiz tatsächlich mehr mit Anhängern als die AKP vertreten ist.

Der Konflikt zwischen einem rigorosen und einem liberalen Islam scheint sich zu verschärfen. Wenn es gelingt, zwischen der muslimischen Religion und einem säkularen demokratischen Staat ein gutes Verhältnis herzustellen und zu bewahren, könnte dies der Türkei ermöglichen, in der Region des Mittleren Ostens eine Mittlerrolle einzunehmen. Meine Frage ist, wie sind Ihre Prognosen für eine solche, positive Entwicklung?

Hüseyin Bağcı: Die Gülen-Bewegung und Erdoğan haben denselben Hintergrund, aber 1975 trennte man sich und kooperierte nicht länger. Die Gülen-Bewegung ist keine klassische islamistische Bewegung. Es sind Leute, die eine weltliche Bildung haben und wirtschaftlich sehr stark sind.

Bestimmt in der Türkei die Religion die Politik? Ich denke: Nein. Aber die Religion spielt eine zunehmende Rolle im alltäglichen Leben der Türken, und das ist eine durch diese Regierung forcierte Politik. Das führt zu Reaktionen, aber weit verbreitet ist die Ansicht, dass die Türkei nicht, wie von Erdoğan gewollt, ein islamistischer Staat werden kann. Wir sind einfach zu bunt und unterschiedlich.

Hinzu kommt, dass die Religion in der Türkei von Politikern – wie auch Geschäftsleuten – vielfach zum eigenen Vorteil benutzt wird. Viele Türken, die sich als fromme Muslime zeigen, tun dies schlicht für ihre eigenen Interessen. Die Tatsache bleibt, dass die von Erdoğan repräsentierte islamistische Bewegung in der Türkei erkannt hat, dass sie nur in einem demokratischen System, in demokratischen Verhältnissen, existieren kann. Wenn diese Leute sich in ihren Rechten beeinträchtigt sehen, ziehen sie sogar vor den Europäischen Gerichtshof und nicht etwa zu irgendeinem islamistischen Gericht. Deswegen bleibt die EU für die Türkei ein externer Motor für alle Reformprozesse, und die Türkei wird sich nicht von Europa trennen. Der Wind für den Demokratieprozess wird weiterhin von der EU kommen. Die Türkei hat heute ein Maß an Demokratie erreicht, das wir

vor 20 Jahren nicht hatten. Seit 25 Jahren arbeiten meine Generation und auch ich persönlich für die Modernisierung, Europäisierung und Demokratisierung der Türkei. Diese Arbeit kann nicht zurückgedreht werden, auch wenn der Ministerpräsident Tayyip Erdoğan heißt.

Christiane Schlötzer: Ein Grundfehler der Türkischen Republik in ihrer Anfangszeit war wohl der Versuch, Religion aus dem gesellschaftlichen Leben zu verbannen. Das ist aber unmöglich: Einer Gesellschaft, auch einer volksreligiösen Gesellschaft, kann man nicht verbieten, ihre Religion im öffentlichen Leben zu leben und zu zeigen, so wie es in der Türkei zuvor lange der Fall war. Man muss einen Kompromiss finden.

Zwischen der Gülen-Bewegung und der AKP Erdoğan's gibt es keinen religiösen Konflikt. Die Gülen-Bewegung ist eine islamische religiöse Bewegung, fast wie ein Laienorden. In ihrer Effektivität könnte man es mit Organisationen wie dem *Lions Club* vergleichen. In Kayseri, wo die Gülen-Bewegung besonders stark ist, gehören viele Unternehmer dazu. Dort sind viele Unternehmer dadurch groß geworden, dass sie sich eng zusammenschlossen und über gemeinsame Geschäfte eng abstimmten.

Publikum: Gibt es in der Türkei inzwischen ein offizielles Eingeständnis der Schuld an dem Völkermord an den Armeniern?

Mehmet Günay: Unser Ministerpräsident hat in einem Statement die Betroffenheit aller Beteiligten von den Ereignissen des Jahres 1915 betont. Vor längerer Zeit schon hatte der Ministerpräsident dem damaligen armenischen Ministerpräsidenten geschrieben und angeboten, gemeinsam eine Kommission zu bilden, in der unabhängige türkische, armenische und internationale Wissenschaftler arbeiten und feststellen sollen, was damals geschehen ist. Dieses Schreiben blieb bisher unbeantwortet. Inzwischen hat die Türkei ihre Archive geöffnet. Jeder Wissenschaftler kann kommen und untersuchen, was damals passierte. Der Ministerpräsident hat dieses Angebot vor einigen Wochen wiederholt. Was soll man mehr machen?

Hüseyin Bağcı: Die Armenienfrage ist in der Türkei kein Tabu mehr. Ich selber habe darüber an armenischen Universitäten und im Fernsehen gesprochen. Die Türkei sollte die Grenze zu Armenien öffnen. Es gab gute Ansätze für eine Annäherung, aber auch Hindernisse. Solange z.B. Aserbaidschan der Türkei Gas und Öl liefert, wird es problematisch bleiben. Aber das Verhältnis zu Armenien ist für die Türkei eine historische Frage, über die diskutiert werden muss. In den Bereichen Tourismus und Kulturpolitik sollte eine Verständigung möglich sein. Zurzeit studieren 80 Studenten an der Universität Jerewan das Fach Turkologie. Viele Akademiker

aus Armenien kommen in die Türkei, Kooperationen zwischen unseren Universitäten werden geschlossen, auch um notwendige wissenschaftliche Diskussionen fortzusetzen. Eine Vermittlerrolle der Türkei bestand bis vor fünf Jahren zwischen Israel und Syrien oder dem Iran und anderen Ländern. Nach dem ›arabischen Frühling‹ hat die Türkei diese Rolle verloren, da sie nicht mehr gefragt wurde.

Publikum: Sowohl Russland als auch China investieren stark in der Türkei. Schmälert das nicht die Rolle und Bedeutung der Europäer als Wirtschaftspartner?

Hüseyin Bağcı: Russland investiert stark in Kernenergie, China gibt Kredite für alle möglichen Großprojekte. Das ist ein Problem für die Europäische Union. Die Türkei wird wirtschaftlich von der EU in dem Maße unabhängig, wie andere Mächte die notwendigen finanziellen Leistungen anbieten. Wir sind auch ohne EU-Mitgliedschaft imstande, Weltklasseprojekte zu realisieren. Der Motor läuft, und das Auto ist ein Mercedes! Jetzt heißt der Fahrer Tayyip Erdoğan – vielleicht ist es später ein anderer.

Nie seit 1923 war die Türkei in einer solch starken Position wie jetzt. Sicherlich hat die Türkei auch viele Fehler gemacht. Jeder Staat macht Fehler. Heute haben wir zum ersten Mal eine Generation, die aus den Fehlern lernt. Und das ist die neue Türkei.

Christiane Schlötzer: Die Frage, was sich beide Seiten wirtschaftlich geben können, ist wichtig. Aber die EU ist nicht nur ein Wirtschaftsprojekt, sondern auch ein Friedensprojekt. Das gilt auch in Bezug auf ein Land wie die Türkei, deren innerer Frieden immer wieder gefährdet ist. Die Türkei braucht diesen äußeren Rahmen. Sie braucht die EU als Ziel, um sich in eine demokratische Richtung zu entwickeln – auch wenn es ein fernes Ziel ist. Erdoğan sagte kürzlich, dass die Türkei auch dem Shanghai-Kooperationsrat beitreten könne. Aber dort gibt es eben weder Kopenhagen-Kriterien noch andere demokratische Maßstäbe. Deshalb sollten die Beziehungen zwischen der Türkei und Europa auf europäischer Ebene fixiert werden.

Mehmet Günay: Die EU-Mitgliedschaft der Türkei wäre eine *win-win*-Situation. Beide Seiten würden davon profitieren. Aber wir wollen auch, dass man fair verhandelt und einander fair behandelt.

1 Siehe http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Aktuelle_Artikel/Tuerkei/130512-BM_DEU-TUR%20Strateg%20Dialog.html